

**1) In der Armenien-Resolution wurden die Assyrer und weitere christliche Minderheiten beiläufig erwähnt. Dies verhöhnt die nicht armenischen Opfer und mindert ihr Leid und Entwurzelung. Werden Sie im Fall würdige und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrern und Griechen anstreben?**

Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juni 2016 mit seiner fraktionsübergreifenden und nahezu einstimmig beschlossenen Resolution deutlich gemacht, dass es sich bei den Massakern an den Armenier\*innen und anderen christlichen Minderheiten um einen Völkermord handelte und es auch eine deutsche Mitverantwortung daran gibt. Als enger Verbündeter des Osmanischen Reichs war das Deutsche Reich über die Verbrechen informiert, schritt aber bewusst nicht ein. Historische Dokumente, auch des Auswärtigen Amtes, belegen, dass es im Osmanischen Reich das ausdrückliche Interesse gab, die bis dahin ganz überwiegend loyalen armenischen Untertanen des Osmanischen Reiches sowie christliche Gruppen wie Assyrer\*innen und Aramäer\*innen, Chaldäer\*innen und Pontosgriech\*innen gezielt zu vernichten. Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass es keine Hierarchie zwischen den genannten Gruppen gibt. Sie alle müssen bei einer historischen Aufarbeitung und Versöhnungsarbeit berücksichtigt werden.

**2) Sollten Sie Regierungsverantwortung übernehmen, werden Sie den den Völkermord auch auf Regierungsebene anerkennen und Druck auf die Türkei zur Aufarbeitung des Völkermordes ausüben?**

Als Teil einer Bundesregierung werden wir GRÜNE uns für die weitere Umsetzung der Bundestagsresolution von 2016 einsetzen. Wir wollen den Völkermord im Osmanischen Reich in Lehrpläne schreiben und die Rolle des Deutschen Kaiserreichs im Zusammenhang mit dem Völkermord mithilfe von Historiker\*innen aufarbeiten. Wir würdigen die mutigen Schritte und Aktivitäten der türkischen Zivilgesellschaft, die Aufarbeitung der türkischen Geschichte basisdemokratisch und akademisch voranzubringen. Deutschland und alle EU-Staaten sollten sich deutlicher als bisher gegen nationalistische Tendenzen in der Türkei sowie in Armenien stark machen und die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte bei der Aufarbeitung des Völkermordes unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin die Aufarbeitung der historischen Ereignisse durch die Türkei und Armenien als Schritte zur Versöhnung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern aktiv unterstützt.

**3) Da die Assyrer von allen Kriegsparteien in Syrien im Stich gelassen und diskriminiert werden, welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Bekämpfung der Fluchtursachen der Assyrer in Syrien, insbesondere im Hinblick auf die von dem IS zerstörten Gebiete in Nordost Syrien?**

Die wirtschaftliche Lage und Bedrohungssituation belastet Menschen in ganz Syrien. Wir GRÜNE unterstützen weiterhin eine umfassende politische Lösung des Konflikts als Hauptziel. In den UN-geführten Friedensprozess in Genf hat sich die Regierung in Damaskus immer noch nicht konstruktiv eingebracht. Das ist jedoch die Voraussetzung für politische Reformen und einen Wiederaufbau des Landes mit internationaler Unterstützung, inklusive im Nordosten Syriens. Es bleibt eine wichtige und kontinuierliche Aufgabe, Diskriminierungen in allen Landesteilen öffentlich anzuprangern, egal wer die Autoritäten stellt. Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen aller Kriegsparteien. Außerdem müssen wir das Wiedererstarken des IS in Syrien verhindern, auch durch Maßnahmen der internationalen Anti-IS-Koalition. Minderheiten sollen langfristig in ihrer syrischen Heimat bleiben können und sich vor islamistischem Extremismus ebenso wie vor Verfolgungen durch das Asad-Regime oder andere Gruppen sicher fühlen können.

**4) Die Erfahrungen seit dem Sturz vom irakischen Regime zeigen, dass die Assyrer kein Vertrauen in die bestehenden Sicherheitsstrukturen des Iraks (inklusive KRG) haben können. Würden Sie assyrische Autonomiebestrebungen im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts als indigenes Volk im Irak unterstützen?**

Über die Verwaltungsstrukturen des irakischen Staates hat letztendlich die gewählte irakische Regierung zu entscheiden. Dabei besitzt die Region Nordkurdistan bereits eine Teilautonomie mit eigenen Entscheidungskompetenzen, wo auch Minderheiten politisch beteiligt sind. Eine gute Plattform, um Empfehlungen zu diskutieren und einzubringen, wie Minderheiten darüber hinaus am besten geschützt werden und sich entfalten können, wäre der Nationale Dialog, den Präsident Kadhimi kürzlich initiiert hat. Dieser wird auch von Deutschland unterstützt.

**5) Seit Jahrzehnten werden assyrische Ländereien von kurdischen Kräften im Nordirak geraubt und vereinnahmt. Zum Teil wurden diese vom Baath-Regime enteignet und Enteignungen aktuell von der KRG fortgesetzt. Was werden Sie zur Rückgabe der Ländereien machen?**

Wir GRÜNE unterstützen den Aufbau und die Verteidigung rechtsstaatlicher Strukturen sowohl in der irakischen Zentralregierung als auch in der Kurdischen Regionalregierung. Nur der Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und entsprechender politischer Praxis für alle Staatsangehörigen unabhängig ihrer ethnischen und religiösen Herkunft kann langfristig Frieden und Sicherheit im Land bringen. Jede Verletzung des Rechts auf Eigentum muss geprüft, aufgeklärt und entsprechend geahndet werden.

**6) Jugendverbände, die ethno-religiöse Minderheiten aus dem Nahen Osten vertreten, werden an politischen Prozessen kaum beteiligt. Haben Sie konkrete Pläne zur Förderung der direkten politischen Teilhabe dieser Organisationen?**

Wir GRÜNEN haben uns in verschiedenen Bereichen und zu zahlreichen Themen dafür eingesetzt, zivilgesellschaftliche Kräfte und besonders Stimmen von jungen Menschen zu Wort kommen zu lassen. Dies gilt auch in Bezug auf die Diskussion der Probleme im Nahen Osten. Unsere Vorstellung von Außenpolitik ist es, nicht nur auf dem Wege der klassischen Staatendiplomatie zu handeln, sondern mit Partnern der Zivilgesellschaft einen regelmäßigen inhaltlichen Austausch zu pflegen. Abgesehen von der politischen Ebene setzen wir uns ein für Universitätsstipendien und einen regen Jugendaustausch, um das Problembewusstsein auf beiden Seiten für die sozialen und politischen Entwicklungen im jeweiligen Land zu schärfen.

**7) MJSO werden teilweise strukturell gefördert, jedoch nicht adäquat gemessen an der Jahrzehntelangen Vernachlässigung und daraus resultierenden fehlenden Entwicklungen. Wie wollen Sie die Arbeit von MJSO finanziell unterstützen, um den vernachlässigten Strukturaufbau dieser Organisationen zu fördern?**

Eine lebendige Zivilgesellschaft, wozu selbstverständlich auch Empowerment-Arbeit und Beratungsangebote zählen, ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Sie stärkt den Zusammenhalt, fördert Teilhabe, trägt dazu bei, wichtige Anliegen, wie zum Beispiel den Kampf gegen Diskriminierung, auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt werden, und leistet ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass diese für unsere Einwanderungsgesellschaft so wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir das Engagement demokratiebelebender Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern.

**8) Oft wird „über“ Betroffene von Rassismus und nicht „mit“ ihnen gesprochen. Von den betroffenen Gruppen dienen nicht selten Organisationen, die fragwürdige Ideologien vertreten, als Gesprächspartner für die Politik in Integrations- und Rassismusfragen. Welche Position vertreten Sie in dieser Thematik?**

Eine chancengerechte und antirassistische Einwanderungsgesellschaft kann nur nachhaltig erfolgreich vorangetrieben werden, wenn diejenigen, die von strukturellem und institutionalisiertem Rassismus betroffen sind, zu Wort kommen, wenn deren Expertise und Perspektive gehört wird, wenn sie mit am Tisch sitzen. Damit diese Perspektiven und Expertisen aktiv in den politischen Dialog mit einbezogen werden, wollen wir GRÜNE einen Partizipationsrat einführen. Dieses gesetzlich verankerte und unabhängige Gremium setzt sich aus Vertreter\*innen der (post-)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung zusammen, die die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt abbilden. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremiengesetz reformieren.